



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/156

1. November 1949

Die Deutschen ostwärts Oder-Neisse, in Polen und der CSR

O.H. Die Frage der Rückführung der noch in Polen, in den unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Gebieten und in der Tschecho-

slowakei zurückgehaltenen Deutschen ist durch die Initiative der SPD-Fraktion im Bundestag mit Nachdruck zur Sprache gebracht worden. In

den genannten Gebieten leben noch mindestens 350.000 Deutsche unter den denkbar schlechtesten, an Sklaverei grenzenden Bedingungen. Dr.

Adenauer gedachte übrigens ⁱⁿ seiner Regierungserklärung nur der in Ostpreussen, in Schlesien und in der Tschechoslowakei zurückgehaltenen

Deutschen, er vergass aber - und das war bezeichnend für das durch andere Sorgen betäubte Interesse an diesem Problem - die 150.000

Volksdeutschen zu erwähnen, die noch im eigentlichen polnischen Staatsgebiet leben.

Bereits im April dieses Jahres richtete der Vorstand der SPD an die Militärgouverneure der britischen und der amerikanischen Be-

satzungszone eine Eingabe wegen der Umsiedlung der noch in Polen und in der Tschechoslowakei zurückgehaltenen Deutschen. Auf diese Ein-

gabe antwortete General Robertson, dass gegen die Aufnahme dieser Deutschen in Westdeutschland grundsätzlich nichts einzuwenden sei,

doch müsste die Umsiedlungsaktion durch die damals zu erwartende deutsche Bundesregierung durchgeführt werden.

Inzwischen hatte das Internationale Komitee vom Roten Kreuz in Genf in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Roten Kreuz Vorbereitungen

für die Umsiedlung der Deutschen aus Polen und den polnisch verwalteten Gebieten getroffen. Auch die Durchführung dieser Aktion war

jedoch von der Militärregierung mit dem Hinweis auf die bevorstehende Bildung der Bundesregierung aufgehalten worden. Das Rote Kreuz

liess sich aber nicht beirren, es setzte die Vorbereitungen fort, die in erster Linie in der Registrierung der noch in Polen und in den

1.11.1949

polnisch verwalteten deutschen Gebieten befindlichen Deutschen bestehen. Bis jetzt sind etwa 100.000 Meldungen eingegangen, davon ungefähr

die Hälfte von in Westdeutschland wohnhaften Personen, die ihre Angehörigen aus Polen bei sich aufnehmen wollen, während etwa 50.000 wei-

tere Meldungen von Deutschen direkt aus den polnisch verwalteten Gebieten vorliegen. Die für die Umsiedlung angemeldeten Deutschen werden

von Deutschen Roten Kreuz in Listen zu je 1.000 Personen zusammengestellt und diese Listen dem Internationalen Roten Kreuz in Genf über-

sandt, dessen Vertreter in Warschau mit den polnischen Stellen diesbezügliche Verhandlungen führt.

Angesichts des Fehlens einer klaren Stellungnahme des Bundeskanzlers zu diesem Problem und insbesondere im Hinblick auf den nahen

Winter, der eine rasche Durchführung der Umsiedlung saktion erforderlich macht, brachte die SPD-Fraktion im Bundestag einen Antrag ein, in wel-

chem die Regierung aufgefordert wird, dem Bundestag zu berichten, a) ob und wann die Übersiedlung in die Länder der Deutschen Bundes-

republik nach ihrer Ansicht möglich sein werde, b) welche Fürsorge-Vorbereitungen beim Grenzübertritt getroffen seien, c) wie gross

nach den vorliegenden Ermittlungen die Zahl der dafür in Betracht kommenden Deutschen sein dürfte und d) welche Verordnung die Bundes-

regierung nach Art. 119 des Grundgesetzes zu erlassen beabsichtige, um die Länder zu verpflichten, sofort für eine angemessene und gleich-

mässige Eingliederung dieser Vertriebenen in die Bevölkerung des Bundesgebietes Sorge zu tragen. Schliesslich enthält der Antrag die For-

derung nach Errichtung eines besonderen Referates im Bundesflüchtlingsministerium, das die Hilfe für die noch in den polnisch verwalteten

Gebieten Deutschlands sowie in Polen und der Tschechoslowakei lebenden Deutschen zur Aufgabe hat.

Echte Freiheit - Narrenfreiheit

In der seit einiger Zeit wieder aufgelebten Diskussion über die Erneuerung gewisser höchst unerfreulicher Formen studentischen Lebens hat sich der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) bisher nicht zum Wort gemeldet. Das fällt auf und ist bedauerlich, denn man sieht einer Äusserung dieser Repräsentation der studentischen Selbstverwaltungsorgane mit besonderem Interesse entgegen.

Als die ersten Berichte über das wiedererstandene Unwesen der schlagenden Verbindungen auch in der Öffentlichkeit auftauchten, war es zunächst der Grosse Senat der Universität Tübingen, der Stellung bezog. Seinen ab- lehenden Standpunkt hat sich dann etwas später die westdeutsche Rektorenkonferenz in Tübingen zu eigen gemacht, In ihrer Entschliessung hiess es u.a., dass

"im Bilde der kommenden studentischen Gemeinschaften kein Platz mehr sein wird für die Veranstaltung von Messuren, die Behauptung und Herausstellung eines besonderen studentischen Ehrbegriffes, die Abhaltung geistloser und lärmender Massengelage, die Ausübung einer unfreiheitlichen Vereinsdisziplin und das öffentliche Tragen von Farben".

Diese Erklärung ist zu begrüessen. In der Härte gemeinsam erlebter Nachkriegsjahre ist die Kluft zwischen Studenten und dem Volksganzen geringer geworden, das Verständnis für die materielle Notlage des grössten Teiles der heutigen Studierenden ist ohne Zweifel gewachsen. Gerade deswegen hat die Öffentlichkeit aber nicht das geringste Verständnis dafür, wenn ihr mit etwas wehleidigem Stolz versichert wird - wie geschehen - dass "mittellose Oststudenten die notwendigen Mittel zum Kneipen und damit zum Anschluss an den brüderlichen Lebensbund sich sogar (!) durch Handarbeit verschaffen". Dabei ist es bezeichnend, dass die eifrigsten Propagandisten dieses Rummels jene "alten Herren" sind, die auch auf allen anderen Lebensgebieten die Tendenz zur Restauration mit hartnäckiger Zähigkeit verfolgen und die leider nur allzu oft unter den Studenten willige Mitläufer finden: die Aussicht auf Protektion bei der Anstellung ist zu verlockend.

Die gesamte Studentenschaft sollte sich jedoch darüber klar sein, dass diese Gespensterbeschwörung einer alten Burschenherrlichkeit nicht als harmloses Spiel einer unbedeutenden Minderheit abgetan werden kann. Hier wird es sich zeigen, ob die heutigen Studenten mit der akademischen Freiheit wirklich etwas anzufangen wissen, denn echte Freiheit bedeutet auch, dass sie gegen die sich unter ihrem Namen ausübende Narrenfreiheit energisch Stellung nehmen muss.

25.000 Bewerbungen in Bonn

sp. Im Büro der vorläufigen Bundeshauptstadt Bonn sind bisher rund 25.000 Bewerbungen für die Bundesbehörden eingegangen. Davon sind 11.000 vom Büro der Ministerpräsidenten und rund 8.000 vom Parlamentarischen Rat übernommen worden. Etwa 6.000 Bewerbungen sind dem Büro direkt zugegangen. Bisher konnte nur ein Drittel dieser Bewerbungen gesichtet und alphabetisch geordnet werden. Der Rest ist noch vollkommen ungeordnet.

Der Personalbedarf bei den verschiedenen Bundesministerien ist auf etwa 3.500 - 4.000 Personen geschätzt worden. Wie verlautet, sollen von den verschiedenen Verwaltungen des Frankfurter Wirtschaftsraates und von den Länderverwaltungen rund 3.500 eingearbeitete Kräfte übernommen werden, so dass im günstigsten Falle mit etwa 500 Neueinstellungen zu rechnen ist.

Die Ungewissheit über den künftigen Sitz der Bundesregierung veranlasst die verschiedenen Stellen, kurz zu treten, so dass im Augenblick kaum Neueinstellungen erfolgen. Von den vorliegenden Bewerbungen werden nach den Berechnungen des Büros der Bundeshauptstadt keine zwei Prozent berücksichtigt.

"Der nationalpolitische Wert einer Regierung
ist ebenso gross oder gering, wie ihre sozial-
politische Leistung".

Kurt Schumacher auf der sozialpo-
litischen Tagung der SPD am
29.u.30.Oktober 1949

Auch eine Ehrung

(Eig. Ber.) Calbe a.d. Saale

Eine überraschende Ehrung wurde dem Einsatzleiter des hiesigen Arbeitsamtes, August Pohl, geb. 20.8.1901, durch die Verleihung des Aktivistenabzeichens 1949 zuteil. Pohl hatte, wie sich aus den Ansprachen entnehmen liess, nicht nur die festgelegte Sollauflage für Arbeiter-Zwangsverpflichtungen zu den russischen Ausbeutungsgruben in Lue erfüllt, sondern durch Übersollerfüllung sogar die Spitze aller Arbeitsämter der Ostzone erreicht.

Verantwortlich: Peter Raunau